

# MARKTERKUNDUNGSVERFAHREN

der

## Stadtgemeinde Bremen

### 1. Kommunale Gebietskörperschaft

#### 1.1 Kontaktstelle

Ansprechpartner: Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, Referat 41  
Herr Beuermann

Telefon: 0421 361-32335

Fax: 0421 496-32335

Email: jens.beuermann@wae-bremen.de

#### 1.2 Verfahrensgegenstand

Die Stadtgemeinde Bremen bittet die Breitbandversorger um Darstellung, ob sie in den nächsten drei Jahren den Auf- / Ausbau eines Breitbandnetzes im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen (Vorhabengebiet) planen, einschließlich des Stadtbremischen Überseehafengebietes Bremerhaven. Gleichzeitig fordert die Stadtgemeinde Bremen die Breitbandversorger, die bereits Breitbandanschlüsse anbieten auf, diese Gebiete anzuzeigen. Die Markterkundung erfolgt im Vorfeld der von der Stadtgemeinde Bremen beabsichtigten Prüfung und Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Breitbandinfrastruktur.

### 2. Gegenstand der Markterkundung

#### 2.1 Geplante Maßnahme

Die Stadtgemeinde Bremen beabsichtigt die Prüfung und Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung eines hochleistungsfähigen Breitbandnetzes, um die Voraussetzung für die Erschließung unterversorgter Gebiete zu schaffen. Im Regelfall sollen durch die Maßnahmen in unterversorgten Gebieten zuverlässig Bandbreiten von einem Gigabit/s (symmetrisch) gewährleistet werden.

Beihilferechtliche Grundlagen für den Ausbau stellen die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung vom 15.06.2015 und die Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (EU 2013/C 25/01) dar, zuletzt geändert durch Mitteilung der Kommission vom 27.06.2014 (EU 2014/C 198/30). Dafür ist eine vorgeschaltete Markterkundung erforderlich.

Die Markterkundung erfolgt explizit nur für diejenigen Gebiete, die nicht bereits durch aktuelle Ausbauprojekte mit Bundes- und Landesförderung erschlossen werden.

Um Lösungen durch den Markt nicht zu behindern, führt die Stadtgemeinde Bremen eine Markterkundung bei den Breitbandversorgern durch, um festzustellen, welche Teilgebiete bereits mit welchen Breitbandanschlüssen versorgt sind und welche Gebiete innerhalb der nächsten drei Jahre verbindlich ausgebaut werden sollen.

## 2.2 Markterkundung

Das Verfahren wird mit dem Zweck der Markterkundung durchgeführt. Die Telekommunikationsunternehmen werden aufgefordert, verbindlich nachfolgende Angaben zur vorhandenen Breitband-Infrastruktur und den innerhalb der kommenden drei Jahre geplanten Breitbandinvestitionen zu machen:

- a) Die Bekanntmachung der Adressen im Vorhabengebiet, die bereits mit Breitbandnetzen versorgt/betrieben werden und welche Bandbreiten beim Endkunden jeweils erreicht werden,
- b) die Bekanntmachung von Adressen im Vorhabengebiet, für die innerhalb der kommenden drei Jahre konkrete Ausbaupläne vorliegen und umgesetzt werden sollen mit der Angabe welche Bandbreiten pro Adresse dort erreicht werden sollen,
- c) die Bekanntmachung von Adressen im Vorhabengebiet, die bereits mit einer Glasfaserinfrastruktur bis ins Gebäude versorgt/betrieben werden,
- d) die Bekanntmachung von Adressen im Vorhabengebiet, die innerhalb der kommenden drei Jahre mit einer Glasfaserinfrastruktur bis ins Gebäude versorgt werden sollen und
- e) die Umsetzung der Hauptverteiler-Nahbereichsversorgung mit Darstellung, der durch diesen Ausbau versorgten Adressen mit den zur Verfügung stehenden Bandbreiten und des Verfügbarkeitstermins.

## 2.3 Anforderungen an die Markterkundung

Die Angaben der Betreiber müssen folgende Informationen enthalten:

### 2.3.1 Für den Fall vorhandener Breitbandnetze:

- a) Angaben zur Zuverlässigkeit und Hochwertigkeit (bspw. Langlebigkeit, Upgrade-Fähigkeit, Zahl der Anschlüsse, ggfs. Möglichkeit zur Entbündelung) sowie Beschreibung der technischen Lösung und
- b) detaillierte, georeferenzierte kartographische Darstellung der vorhandenen Netze bis auf Straßen- und Hausnummernebene (Adressbereiche) im GIS Format (shp oder kml Dateiformate) unter Angabe welche Mindestbandbreiten beim Endkunden erreicht werden.

### 2.3.2 Für den Fall eigener Ausbauplanungen innerhalb der kommenden drei Jahre (inklusive Mobilfunk):

- a) Rechtsverbindliche und verpflichtende Erklärung/Bestätigung der Ausbauplanungen inklusive Meilensteinplanung<sup>1</sup> (es werden keine Ausbauzusagen im Rahmen des Markterkundungsverfahrens berücksichtigt, für die es keinen projektspezifischen Meilensteinplan mit Zeitpunkt und Umfang der Ausbauzusage gibt),
- b) Angaben zur Zuverlässigkeit und Hochwertigkeit (bspw. Langlebigkeit, Upgrade-Fähigkeit, Zahl der Anschlüsse, ggfs. Möglichkeit zur Entbündelung) der geplanten Lösung und
- c) georeferenzierte kartographische Darstellung der Ausbauplanungen bis auf Straßen- und Hausnummernebene im GIS-Format (shp oder kml Dateiformate) unter Angabe welche Mindestbandbreiten beim Endkunden erreicht werden.

---

<sup>1</sup> vgl. auch EU-Leitlinien (2013/C25/01) Randnummer 65, Fn 80; Um ausreichende Sicherheit für die anfragende Gebietskörperschaft herzustellen, werden (rechts-)verbindliche Angaben hinsichtlich der Umsetzung des angekündigten Eigenausbaus bzw. eine vertragliche Vereinbarung gefordert, mit mindestens folgenden Inhalten: Meilensteindarstellung in Zeitintervallen; Nachweis über Finanzierungszusage oder ggf. rechtsverbindliche Eigenerklärung; Angabe der zur Vectoringliste angemeldeten KVZ; darüber hinaus wird auf Fn 80 a.a.O. verwiesen

## **2.4 Sonstiges**

Die am Markterkundungsverfahren teilnehmenden Unternehmen müssen, soweit noch nicht erfolgt, eigene Infrastrukturen der Bundesnetzagentur zur Aufnahme in den Infrastrukturatlas mitteilen. Die Unternehmen erklären sich über das zentrale Online-Portal [www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de) einverstanden, die vorhandenen Infrastrukturdaten im Infrastrukturatlas des Bundes zur Nutzung im Auswahlverfahren freizugeben und stimmen der Veröffentlichung durch die Bewilligungsbehörde zu.<sup>2</sup>

Es wird auf die beihilferechtlichen Bestimmungen der Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung v. 15.06.2015 hingewiesen.

Die vorstehend genannten Angaben werden bis zur unter Ziff. 3 genannten Frist erwartet.

Die Daten werden von der Stadtgemeinde Bremen ausschließlich zum Zweck der Identifikation bereits versorgter Gebiete und zur Abgrenzung des unter Ziff. 1.2 und 2.1 genannten Vorhabengebietes verwendet.

Ein Aufwendungsersatz kann nicht gewährt werden.

## **3. Weiteres Verfahren**

**Fristende für die Einreichung der Informationen zur Markterkundung:**

**24.09.2020**

Bremen, den 30.07.2020

Im Auftrag

Jens Beuermann

## **Anlagen**

Anlage 1      Übersichtskarte Stadtgemeinde Bremen

Anlage 2      Übersichtskarte Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven

---

<sup>2</sup> siehe § 4 Abs. 8 Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung